



Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und SSW

Umsetzung der Resolution der PSO „Sozialen Zusammenhalt stärken – Migration und Integration“

Der Landtag wolle beschließen:

Vom 17. bis 19. September 2023 fand zum 19. Mal die gemeinsame Konferenz der Parlamente des südlichen Ostseeraumes (PSO) statt. Die Konferenz stand unter dem Thema: Sozialer Zusammenhalt vor dem Hintergrund von Migration und Integration.

Das Parlamentsforum hat auf Grundlage von Beratungen mit Sachverständigen aus allen beteiligten Regionen das Thema beleuchtet, mit dem Ziel, Chancen und Herausforderungen zu benennen.

Der Landtag begrüßt ausdrücklich die Ergebnisse und Forderungen des 19. Parlamentsforums Südliche Ostsee und stimmt der vom Parlamentsforum am 19. September 2023 verabschiedeten und als Drucksache 20/1457 veröffentlichten Resolution zu.

Der Landtag teilt die darin zum Ausdruck gebrachte Auffassung, dass die Flüchtlingskrise nur durch eine gemeinsame europäische Migrations- und Asylpolitik zu bewältigen ist. In der Umsetzung von Reformvorhaben müssen dabei menschen- und asylrechtliche Standards gewahrt bleiben.

Zudem unterstützt der Landtag ausdrücklich die Forderung, insbesondere Kommunen bei der Bewältigung der Aufgaben auf breiter Basis zu unterstützen.

Die Landesregierung wird ersucht,

die Resolution umzusetzen und sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen einzusetzen sowie dem Landtag über die diesbezügliche Entwicklung im Ostseeraum und die Maßnahmen der Landesregierung schriftlich zu berichten.

Dazu gehören insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung von Kommunen
- Bemühungen, die Diskussionen aus der Bürgergesellschaft in den politischen und administrativen Entscheidungsprozess mit aufzunehmen
- Bemühungen, die Kooperation in der Umsetzung des Aktionsfeldes „Integration von Migrantinnen in den Arbeitsmarkt“ der EU-Ostseestrategie zu verstärken, mit besonderem Augenmerk auf den Zugang in den Arbeitsmarkt für geflüchtete Frauen
- Bemühungen, auf kommunaler (regionaler oder auf metropolitane Räume bezogener) Ebene ein System für die Anerkennung beruflicher Qualifikationen und Fähigkeiten zu schaffen, um die soziale und wirtschaftliche Integration von Drittstaatsangehörigen zu beschleunigen
- Maßnahmen, um die Beschlüsse der BSPC, die weiterhin einen relevanten Beitrag zur Migrations- und Integrationspolitik leisten können, weiter umzusetzen

Rasmus Vöge
und Fraktion

Eka von Kalben
und Fraktion

Heiner Garg
und Fraktion

Marc Timmer
und Fraktion

Jette Waldinger-
Thiering
und Fraktion